

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 627

Mittwoch, 8. März 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

"Frauen auf See": Ziviler Ungehorsam, um Frauen eine Abtreibung zu ermöglichen.....	1
Ein negatives Beispiel für Umweltbewusstsein: das Wasserkraftprojekt am Fluss Nicá.....	3
Gerüchte über einen Staatsstreich und die Gesundheit des Präsidenten.....	4
Baldetti und López Bonilla in den USA wegen Kokainhandel angezeigt.....	5
Ein Hoffnungsschimmer: Fünf Militärs wegen Verschwindenlassen verurteilt.....	5
JournalistInnen der Zeitschrift Contrapoder zeigen Akt der Zensur an.....	6

"Frauen auf See": Ziviler Ungehorsam, um Frauen eine Abtreibung zu ermöglichen

Abtreibung ist in Lateinamerika ein heikles Thema. Sowohl Katholizismus als auch die evangelikalen Sekten, die sich dort tummeln, sind entschieden gegen eine liberale Abtreibungsgesetzgebung - und haben sich vielfach durchgesetzt. Besonders extrem ist es in El Salvador und Nicaragua (trotz 'linker' Regierungen), wo jegliche Abtreibung verboten ist. In Guatemala ist Abtreibung nur dann nicht strafbar bzw. zulässig, wenn das Leben der Schwangeren gefährdet ist. Nun haben guatemaltekische Behörden ein in Österreich registriertes Segelboot festgesetzt, das der niederländischen Organisation "Women on Waves" (Frauen auf See) dazu dient, Abtreibungen (in Form von Abtreibungspillen) in internationalen Gewässern für Frauen aus Staaten anzubieten, in denen Abtreibung illegal ist. Die Aktion schlägt hohe Wellen. Wie die Diskussion in Politik und Gesellschaft verläuft, berichten Javier Estrada Tobar und Pia Flores in der Nómada vom 24. Februar 2017. Und die Thematik kann auch als ein erster Beitrag zum Frauentag am 8. März gewertet werden.

Die Kampagne der holländischen Organisation "Frauen auf See" (Women on Waves), die sichere und kostenfreie Abtreibungen in Ländern anbietet, in denen es eine hohe Zahl von Gewaltakten gegenüber Frauen gibt, hat eine politische und juristische Schlacht und die Androhung von Gefängnisstrafen oder physischer Gewalt nach sich gezogen. Und das, obwohl man sich einmal begonnen hatte, guatemaltekische Frauen auf dem Schiff, das in Puerto de San José, Departement Escuintla am Pazifischen Ozean liegt, zu behandeln.

Die extrem konservativen Abgeordneten des Landes hatte es nicht geschafft, eine Erklärung zu verabschieden, die die Abtreibungsdienste verurteilt (es fehlte eine Stimme für die notwendigen 80 Ja-Stimmen), aber Präsident Jimmy Morales begann mit Hilfe der Marine die Pläne der Organisation zu hintertreiben.

Abtreibungsrecht in Guatemala

In Guatemala wird den Frauen nicht die Möglichkeit gegeben, selbst über ihren Körper zu entscheiden - ein Schwangerschaftsabbruch ist ihnen nicht erlaubt. Und nun will die Regierung die Restriktionen noch über die nationale Grenzen hinaus auf internationale Gewässer ausweiten. In der 12-Meilen-Zone der guatemaltekischen Pazifikküste, in den Gewässern nahe Puerto de San José wurde der Plan der "Frauen auf See" (WoW) in den letzten Tagen umgesetzt: es werden die Frauen beraten, die aufgrund staatlicher Verbote keinen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen können. Guatemala ist eines der Länder der Welt, in dem die Gewalt gegen Frauen und das Fehlen von Frauenrechten besonders eklatant ist. Laut staatlichen Statistiken wird jeden Tag ein Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren schwanger. Zugleich werden jeden Tag 22 Frauen Opfer von Vergewaltigungen.

Das Schiff ist eine kleine umher wandernde Botschaft für sexuelle und reproduktive Rechte. Es fährt unter österreichischer Flagge durch internationale Gewässer ausserhalb geltender guatemaltekischer Gesetze. Ähnlich wie in Flugzeu-

gen sind die Schiffe in internationalen Gewässern den Gesetzen des Herkunftslandes unterworfen. Vor diesem Hintergrund bieten autorisierte ÄrztInnen ihre Dienste den Guatemaltekinnen an, darunter auch legale, sichere und kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche ab der 10. Schwangerschaftswoche, so wie es im österreichischen Gesetzbuch festgeschrieben ist.

Die Abbrüche werden mit jenen Abtreibungspillen durchgeführt, die von Weltgesundheitsorganisation WHO genehmigt worden sind. Das Projekt geht davon aus, dass jede Frau das Recht hat, in ein anderes Land zu reisen, um die Schwangerschaft in den ersten Monaten abzubrechen - viele Frauen mit entsprechenden finanziellen Mitteln fahren z.B. nach Mexiko-Stadt oder in die USA, wo sichere Abtreibungen legal sind, so wie in 61 von 200 Ländern der Erde. Im Falle von "Frauen auf See" gehen die Frauen am Hafen an Bord des Schiffes und erhalten auf hoher See den gewünschten Schwangerschaftsabbruch und fahren wieder zurück auf guatemaltekischen Boden.

Der guatemaltekische Staat hat in keinem seiner Gesetze ein Recht festgelegt, nach dem die BürgerInnen sie über die Motive informieren müssen, warum sie das Land verlassen. Sie können aus ökonomischen Gründen migrieren, auf Lustreisen gehen, z.B. Marihuana in Kalifornien konsumieren oder eben um Schwangerschaftsabbrüche in Österreich oder auf einem österreichischen Schiff vornehmen lassen. (...)

Für internationale Organisationen, 61 Länder der Erde und Millionen FeministInnen ist ein Schwangerschaftsabbruch kein Verbrechen, weil die Föten bis zur 12. Schwangerschaftswoche kein Bewusstsein haben (kein Schmerzempfinden, keine Seele im religiösen Sinne) und dass daher nur die Mutter, die sich in der Situation einer Schwangerschaft befindet, darüber entscheiden sollte, ob sie das Kind austrägt. Zudem werde das Verbot eines sicheren Abbruchs nicht verhindern, dass es auch weiterhin Schwangerschaftsabbrüche gebe; nur führen sie dann zum Tod oder negativen Folgen für die Frauen, die sie durchführen lassen.

In den lateinamerikanischen Staaten erlauben nur Kolumbien und Mexiko einen Schwangerschaftsabbruch aufgrund dreier Gründe: Vergewaltigung, Lebensgefährdung des Fötus (z.B. Zika) oder bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter.

Eine historisch einmalige Kampagne

Die Kampagne der WoW für Guatemala ist in Lateinamerika einmalig, also in jener Region mit der höchsten Zahl von heimlichen und unsicheren Abtreibungen und den strengsten Gesetzen der Welt. 95 % aller 2008 in Lateinamerika durchgeführten Schwangerschaftsabbrüchen waren gesundheitlich bedenklich und bei 12 % von diesen starb die Mutter, so berichtet es das Institut Guttmacher. In Guatemala, so schätzt das Institut, mussten ungefähr 21.600 Frauen wegen Komplikationen während eines unsicheren Abbruchs im Krankenhaus behandelt werden. 600 von ihnen überlebten nicht. Die Studien sagen, dass Verbotspolitik die Notwendigkeit abzutreiben nicht mindere, sondern im Gegenteil dass die Gefahr steigt, in denen sich die verletzlichen Frauen befinden, die von ihrem Recht auf ihren eigenen Körper Gebrauch machen wollen. Was anderswo legal ist, ist freilich in Guatemala illegal.

Es sind nun fünf Jahre vergangen, seit die WoW ihre letzte Kampagne in Marokko durchführte. Die Erfahrungen waren ähnlich wie jetzt in Guatemala. Die Behörden setzen das Schiff fest und ohne jegliche rechtliche Argumente ordneten sie an, dass die Organisation den Hafen verlassen solle. Dennoch hat die Organisation ihr Ziel erreicht: Sie erhielt viele Anrufe von Frauen und viele beriet sie medizinisch über einen sicheren Abbruch durch Pillen.

Am chaotischen ersten Tag der Kampagne in Guatemala wollten auf der einen Seite die Hafenbehörden das Schiff festsetzen, auf der anderen Seite aber wünschten sich viele Frauen die Hilfe von WoW. Die Notwendigkeit, Informationen über die reproduktive Gesundheit zu erhalten und der Wunsch der Frauen, über ihren Körper entscheiden zu können, wurde mehr als deutlich.

Ein heisses Eisen

Im Kongress entzündete sich eine hitzige Diskussion, als die ultrakonservativen Abgeordneten ihre Resolution durchsetzen wollten, die die Präsenz des Schiffes und deren Dienste vehement zurückweisen sollte. Die 80 Stimmen wurden jedoch nicht erzielt. Während der Abstimmung gab es zwischen den Abgeordneten, die fest zu ihren jeweiligen Positionen standen, heftige Spannungen und Streit; es gab wilde Gesten und Schreie. (...) Der emphatische Abgeordnete Raúl Romero von der Regierungspartei FCN bezeichnete das Schiff unter österreichischer Flagge als "Todesschiff", wobei ihn einige Parteikollegen in ihrer Argumentation verteidigten, etwa Estuardo Galdámez, Juan Manuel Giordano und Patricia Sandoval.

Auf der anderen Seite freuten sich die Abgeordnete Delia Bac und ihre Tochter Eva Monte Bac über das Ergebnis der Abstimmung und erklärten ihre Unterstützung für WoW. Sie kritisierten die Konservativen, die deren Initiative blockierten, die sexuellen und reproduktiven Rechte der Frauen zu sichern. (...) Delia Bac hält es für fragwürdig, wenn die überwiegend männlichen Abgeordneten den Frauen kein Entscheidungsrecht über ihren eigenen Körper erlauben wollen, ihnen zugleich aber auch jeglichen Zugang zu Methoden der Familienplanung, Sexualerziehung und Empfängnisverhütung vorenthalten.

Die Abgeordnete Nineth Montenegro unterstützte dagegen die Resolution gegen WoW, da Abtreibung verboten sei. Zugleich aber sprach sie sich für eine Politik aus, die sich der reproduktiven Gesundheit und Familienplanung widme und das Recht der Frauen, über ihren Körper zu entscheiden, achtet: "Es ist gut, wenn uns die Ungeborenen sorgen, aber genauso muss uns das Wohl der Geborenen umtreiben, weil sie in miserablen Lebensbedingungen leben müssen. Da gibt es Kinder, die sich als SchuhputzerInnen oder KaffeepflückerInnen durchs Leben schlagen müssen, aber diese Doppel-

moral stört uns nicht, wenn sie die Frauen prügeln und nicht wollen, dass sie über ihren eigenen Körper entscheiden können.

Präsident Jimmy Morales befahl dem Verteidigungsministerium, dass sie die Aktivitäten von WoW verhindern sollen. Der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums, David García Alvarado, erklärte dazu: "Der Befehl des Präsidenten lautet, dass das Schiff die Pazifikküste verlassen solle, weil wir diese Art der Aktivitäten (sichere Abtreibungen) in unserem Land nicht erlauben." Und das obwohl sichere Abtreibungen in ihrem Land gar nicht stattfinden können.

Laut der guatemaltekischen Behörden solle das Schiff Puerto de San José verlassen und die Staatsanwaltschaft solle die Fehlerhaftigkeit der Informationen untersuchen, aufgrund derer die Organisation die Erlaubnis des Einlaufens in den Hafen erhalten hatte. WoW und ihre guatemaltekischen UnterstützerInnen verteidigten das Recht, die Dienste anzubieten und prüften legale Möglichkeiten und alternative Wege, um den Guatemaltekinnen zu helfen.

Bis jetzt weiss man noch nicht, wie es mit dem Schiff und der Kampagne der WoW in Guatemala weitergehen wird. Aber eine Debatte über die Problematik ist angestossen.

Laut publicogt.com wurde WoW in 48 Stunden von 300 Frauen angerufen. Verónica Fernández von der Organisation PlayGround sagte, dass unter den Anruferinnen Mädchen von 14 Jahren waren, von denen viele aufgrund von Vergewaltigungen schwanger wurden, aber auch Frauen von 40 Jahren, die drei Kinder hatten und ein weiteres Kind aus ökonomischen Gründen nicht mehr austragen können und wollen. Die Anordnung von Jimmy Morales beruhte formal darauf, dass die Besatzung mit Touristenvisum eingereist, aber nicht als Ärzte und Dienstleister gemeldet sei. (<http://publicogt.com/2017/03/05/women-on-waves-en-48-horas-nos-llamaron-300-mujeres-interesadas-en-abortar/> und Nachtrag vom 3.3.17)

Ein negatives Beispiel für Umweltbewusstsein: das Wasserkraftprojekt am Fluss Nicá

Guatemala, 21. Feb. Für das Umweltministerium (MARN) gibt es aufgrund der Aktivitäten des Wasserkraftwerks El Brote S.A keine sichtbare Verschlechterungen der Umwelt am Fluss Nicá in Chicacao, Departement Suchitepéquez. Der Fluss Nicá ist ein Ausläufer des Atilán-Sees und fliesst in Richtung Chicacao an der Südküste. Er vereinigt sich dort mit dem Fluss Nahualate, einem der wichtigsten des Landes. Bis 2012 war der Nicá die Hauptwasserquelle für die armen AnwohnerInnen und Hauptenergielieferant für einige Vermögende. In der Umgebung wuchsen Kaffee, Kautschukbäume, es war ein Nistgebiet für Reiher und ein Versteck für kleine Amphibienspezies.

In den letzten 100 Jahren ermöglichte der Fluss den KaffeeproduzentInnen der Region die Anbauweise so zu verändern, dass sie den grosszügigen Flusslauf während der Trockenzeit nutzen und die Überschwemmungen in den Regenmonaten. Wasserräder und Turbinen erzeugten elektrische Energie. Über Generationen hinweg profitierten die LandbesitzerInnen und die ArbeiterInnen vom Fluss Nicá. Ein Grundbesitz konnte einen Megawatt Energie erzeugen und mit der Energie wenigstens 50 Familien versorgen. Die Energieerzeugung war jahrelang eine Nutzungsform des Flusses, aber nicht die einzige. Er versorgte die Familien von Chicacao, die nicht an ein Netz angeschlossen waren, mit Wasser. Es war normal, die Frauen beim Wäschewaschen an den Steinen oder beim Tragen von Krügen auf den Köpfen zu beobachten. In höher gelegenen Gebieten angelten einige AnwohnerInnen von Chicacao und versorgten sich mit Fisch. So verlief das Leben rund um den Nicá für mehr als ein Jahrhundert.

Heute sieht es ganz anders aus. Das Flussbett erinnert an einen Steinbruch. Riesige Steine ragen in die Höhe, wo früher das Wasser aus einer Quelle von Sololá floss. Und ein Netz von grünen Rohren mit einem Durchmesser von 1,20 m überragt die Landschaft. Der Abfluss der Flusses ist minimal und übersteigt im Tagesverlauf nicht den Pegelstand von 1m, und wenn die Morgen heiss sind, dann ist es noch weniger. Kaum ein Rinnsal. BesucherInnen fragen meist, wozu diese grüne Struktur diene, die sie von der neuen Strasse aus sehen, die von Chicacao nach Santiago Atilán führt. Die alarmierende Antwort lautet: „Hier wird der Fluss für das Wasserkraftwerk umgeleitet. Deshalb ist hier auch alles so trocken“.

Für die Beamten des MARN stellt diese Situation kein ausreichendes Motiv für Besorgnis dar. Als 2016 die ersten Anzeigen gestellt wurden, negierte das Ministerium jeglichen Umweltschaden in dem Gebiet im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Wasserkraftwerks El Brote S.A. Damals fand auch die erste und letzte Begehung durch das Ministerium in der Gegend dar. Luis Arturo Ramírez Melgar, der einzige Verwalter und legale Repräsentant des Wasserkraftwerks El Brote S.A. präsentierte dem MARN im Jahr 2011 die Umweltverträglichkeitsstudie (UVP) für ihre Aktivitäten in Chicacao. Zuvor hatte er erreicht, dass die BesitzerInnen der Fincas Las Armonías, Monte Carlo und El Brote ihm das Land verkauften. Danach kaufte er die Finca El Chorro. Damit kam er in den Besitz von mindestens 30 Hektar Land für weniger als 5 Millionen US-Dollar und genoss die augenscheinliche Ruhe, dass keiner der NachbarInnen irgendetwas gegen den Bau eines Wasserkraftwerks und dem dazugehörigen Staudamm haben könnte. Und aus diesem Grund kann man heute gegenüber den Häusern der SaisonarbeiterInnen der Finca Monte Carlo dieses riesige Denkmal aus grünen Rohren sehen. Sie ziehen sich durch die Landschaft verlassener Häuser.

In den vom MARN überprüften Dokumenten erklärte Ramírez Melgar zum Wasserkraftwerk, das sich in der Finca El Brote befindet, dass jenes eine Kapazität von 4,9 MW haben würde und aus der kinetischen Energie des Nicá gewonnen werden könnte. Es wurden über 70 Millionen Quetzales (fast neun Millionen Euro) investiert. Gemäss dem Dokument sollte der Fluss mit einem Ausmass von 14,12 km² seine hydrologischen Ressourcen im Winter wiedererlangen, was

dem Wasserkraftwerk erlauben würde, 2,88 m³/s Abfluss zu nutzen. Dieses Wasser würde in einen Stausee laufen, der immerzu voll sein würde um die Operationen der Firma zu gewährleisten.

Aber in der Studie vergass Melgar zu erwähnen, dass im Sommer die Bedingungen des Flusses Nicá anders sind. In der Studie hat man nur ein einziges Mal, nämlich im September, die Abflussmenge des Vorfluters gemessen. Der Fluss liegt in den restlichen Monaten des Jahres wesentlich tiefer. Auf mehr als 200 Seiten der Umweltstudie werden die guten Seiten des Projektes gelobt. Auch das Gutachten des Ingenieurs Adrian Ávila schliesst jegliche negativen Folgen für die Zone aus.

Am 15. März 2012 vergibt das MARN die Umweltlizenz für eine Dauer von einem Jahr ab dem 3. April 2012. Die Erlaubnis zum Bau und zur Betreuung des Wasserkraftwerks wurde von der Umweltberaterin Roxana Martínez vom MARN unterzeichnet. Allerdings war die Erlaubnis mit einer Reihe von Bedingungen verknüpft, darunter einen Plan für die Abmilderung von Umweltfolgen zu erstellen, eine Studie über die Flusssedimente durchzuführen, spezifische Messung für den Nicá zu unternehmen, um seinen Abfluss zu bestimmen und einen Management-Plan über das Wildleben zu erstellen. Zu diesem Zeitpunkt war Roxana Sobenes Umweltministerin. Zwei Jahre später, im Jahr 2014, ersetzte sie Präsident Otto Pérez Molina, da sie Verbindungen mit einer Firma unterhielt, die Umweltstudien durchführte. Bis heute weiss das MARN nichts über die Erfüllung der Bedingungen und der Mitigationsmassnahmen, die 2012 verlangt wurden, so ein Bericht vom 10. Februar diesen Jahres. In diesem Bericht versichert das Ministerium, dass es sich mit dem Departement für Umweltmonitoring koordinieren werde, um vor Ort die Situation zu überprüfen. Dies sollte in den kommenden Wochen geschehen.

Mit der Lizenz des MARNs trat Melgar 2014 mit der Nationalen Kommission für elektrische Energie (CNEE) in Verbindung, um eine Lizenz zu beantragen, die ihm erlauben würde, sich an das Netzwerk der Stromversorgung des Okzidents (Deocsa) anzuschliessen. Diese wurde gewährt. Die CNEE argumentierte, dass das Projekt gemäss der Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt wurde und dass dies allein in der Verantwortung des MARNs liege. Es gab also weder technische noch juristische Einwände. Diese Erlaubnis wurde von der CNEE bis zum 30. Juni 2015 befristet. Sollte die Firma bis dahin ihren Betrieb noch nicht aufgenommen haben, so müsse sie einen neuen Antrag stellen. Ausserdem musste das Unternehmen eine Stromleitung von 6 km Länge verlegen und alles notwendige für die Kontrolle und den Schutz des Stromnetzes bauen. Die Erfüllung der Umweltvorschriften unterliegt weiterhin der alleinigen Verantwortung des Wasserkraftwerks. Die Firma schaffte es nicht, den Betrieb in der vorgegebenen Zeit aufzunehmen, stellte einen erneuten Antrag und erhielt 2016 von der CNEE eine Verlängerung. Im August 2016 begann das Unternehmen offiziell seinen Betrieb, gemäss Informationen des Energie- und Bergbauministeriums (MEM). Am 1. August genehmigte das MEM das Wasserkraftwerk, nachdem es die vom MARN anerkannte UVP und eine gültige Umweltlizenz vorlegte.

Trotz allem zählt das Unternehmen noch immer nicht mit der endgültigen Erlaubnis, die Gemeingüter, also das Wasser, für das Wasserkraftwerk zu nutzen. Der Fluss Nicá wurde so sehr geschädigt, dass das Wasserkraftwerk nicht genug Wasser bekommt, um die Turbinen anzutreiben. Im Januar versuchte die Firma ihren Besitz bei einer öffentlichen Auktion zu versteigern, ohne Erfolg.

Über die Fakten, die Umweltstudien und Beobachtungen belegen, sind die AnwohnerInnen mehr als besorgt. Am 20. Februar versammelten sich Menschen in anderen Departements und demonstrierten für den Schutz ihrer natürlichen Ressourcen und der Flüsse. Die Umweltschäden am Nicá sind nur ein Beispiel für die Auswirkungen von Projekten, die landesweit anzutreffen sind. (EP, PL)

Gerüchte über einen Staatsstreich und die Gesundheit des Präsidenten

Guatemala, 21. Feb. Jimmy Morales, Präsident und Schauspieler, sprach öffentlich von einem vermutlichen Staatsstreich gegen ihn. Der Nationale Sicherheitsrat konnte nicht sagen, woher der Präsident diese Information bezog. Die Verantwortlichen für die nationale Sicherheit gaben an, dass nicht genügend Informationen existieren, um den Ursprung der Gerüchte ausfindig zu machen und damit eine Ermittlung zu beginnen.

Diesbezüglich wurde ein Treffen im Kongress einberufen, bei der acht BeamtInnen Frage und Antwort stehen mussten. „Es gibt keine Information“, sagte einer der BeamtInnen, der beim Treffen der Fraktion der UNE zugegen war. Auf Fragen, die im Kongress diesbezüglich gestellt wurden, wurde gesagt, dass es einen präsidentialen Befehl gab, der über das Sekretariat für Kommunikation des Präsidentialamtes lief und aussagte, dass Morales die einzige Person sei, die das Thema „behandeln“ dürfe. Verteidigungsminister Williams Mansilla erwähnte, dass man den emotionalen Kontext bedenken müsse, in dem der Präsident sich befand, als er die Erklärungen zu den Gerüchten über einen möglichen Staatsreich bekannt gab. Zufälligerweise wurden genau an diesem Tag sein Sohn und sein Bruder –José Manuel Morales Marroquín und Samuel Morales Cabrera – gegen eine Kautions von 100.000 Quetzales aus der Untersuchungshaft entlassen. „Jedes menschliche Wesen durchläuft einmal schwierige persönliche Phasen“, wiederholte Mansilla. Der Leiter des Sekretariats für strategische Nachrichten (SIE), Mario Duarte García, gab an, dass der Präsident sich guter physischer und emotionaler Gesundheit erfreue, es sei unbekannt, ob er Medikamente nehme.

Die Abgeordneten fragten in der Sitzung, ob der Präsident sich mit der Fraktion der FCN-Nación getroffen habe oder Informationen von „Parallelgruppen“ aus dem Inneren der staatlichen Strukturen erhalten habe. Die Antwort der acht

zur Sitzung zitierten BeamtInnen war, dass dies nicht der Fall sei, „es ist der Nationale Sicherheitsrat, der den Präsidenten berät“, fasst Mansilla zusammen.

Auch Innenminister Francisco Rivas erklärte, dass er nicht wisse, welche Intentionen der Präsident hatte, als er die Information über die Gerüchte herausgab. Er erklärte, dass sich nach der Bekanntgabe durch Morales keine weiteren Informationen oder Indizien ergaben, die eine Ermittlung erlauben würden, ob die Gerüchte eines Staatsstreiches sich erhärten.

Der Vorsitzende der Fraktion der UNE, Orlando Blanco, gab zu bedenken, dass die Verantwortlichen für die nationale Sicherheit nichts zum Putschgerücht wüssten und man daher den Gesundheitszustand des Präsidenten überprüfen müsse. „Es kann sein, dass der Präsident eine Krise durchlebt, was ihn gewisser Gefahren aussetzt“, sagte Blanco. (EP)

Baldetti und López Bonilla in den USA wegen Kokainhandel angezeigt

Guatemala, 27. Feb. Die ehemalige Vizepräsidentin Roxana Baldetti und der ehemalige Innenminister Mauricio López Bonilla werden von einem US-Bundesbezirksgericht der illegalen Einfuhr von Drogen bezichtigt. Die Information wurde am 24. Februar durch die US-Botschaft in Guatemala bekanntgegeben. Gegen beide würde wegen des Schmuggels von wenigstens fünf Kilogramm Kokain ermittelt und beide hätten gewusst, dass der Import in die USA illegal sei. Die Botschaft erwartet nun einen Auslieferungsantrag. Gemäss den offiziellen Dokumenten wird Baldetti der Verschwörung zum Verkauf von Kokain beschuldigt. Die Ermittlung bezieht sich auf die Periode vom 10. Januar 2010 bis Mai 2015.

Baldetti befindet sich derzeit im Gefängnis aufgrund von Zollbetrug, Korruption und anderer Straftaten, genau wie López Bonilla. In den USA werden die Fälle getrennt betrachtet. Der Ex-Innenminister wurde am 11. Juni 2016 verhaftet, da er zusammen mit anderen damaligen MinisterInnen mutmasslich am Kauf von wertvollen Geschenken für Pérez und Baldetti, beteiligt gewesen war. Darunter befanden sich ein Helikopter und ein Flugzeug.

Die Verbindung zwischen DrogenhändlerInnen und Baldetti lag in der Person von Mirza Silvana Hernández Reyes, der Ehefrau des Drogenhändlers und Geldwäschers für die Zeta, Hayron Borraro Lasmibat alias „El Oso“. Diese war nicht nur Buchhalterin der undurchsichtigen Geschäfte ihres Mannes, sondern auch eine so gute Freundin der Baldetti, dass sie deren Feier zum 50. Geburtstag organisierte. Zugleich habe sie Geld für die Wahlkampagne 2011 der PP angeboten. Borraro wiederum wurde durch die zur Kronzeugin der US-Drogenbehörde DEA gewordenen guatemaltekischen Drogenhändlerin, Marllory Chacón Rosell, ans Messer geliefert, als sie diesen für ein vorgebliches Liebestreffen nach Paris lockte, wo er dann festgenommen und in die USA überstellt wurde. Die Arbeit für DEA führte dazu, dass die Wohnung von Chacón mit versteckten Kameras und Mikrofonen ausgestattet war, wo die illustren Gäste aus Drogenhandel und Politik ein- und ausgingen. Auch Ex-Innenminister López Bonilla war bei ihr Zuhause und vermittelte - ohne zu wissen, dass sie mit den US-Behörden zusammenarbeitet - eine Gruppe von Sicherheitsmännern für Marllory Chacón, um sie vor Nachstellungen von Borraro (den sie ans Messer lieferte), aber auch Baldettis (Chacón wusste um deren Kontakte mit der Drogenmafia-Ehefrau Mirza), zu schützen. Die aussagekräftigsten Beweise gegen López Bonilla könnten jene Tonband-Aufnahmen sein, in denen der Ex-Minister Bestechungsgelder von dem Drogenhändler und mutmasslichen PP-Finanzier, Jairo Orellana (el Pelón), akzeptierte, der inzwischen verhaftet und an die USA ausgeliefert wurde.

López Bonilla hält den Vorwürfen entgegen, dass viele DrogenhändlerInnen in seiner Amtszeit festgenommen worden seien (was stimmt) und dass er gut mit der DEA zusammengearbeitet habe. Die "wahre Wahrheit" werde schon noch ans Licht kommen, sagte er vor Gericht. (EP / InsightCrime)

Ein Hoffnungsschimmer: Fünf Militärs wegen Verschwindenlassen verurteilt

Guatemala, 3. März - Fünf Militärangehörige wurden am vergangenen Donnerstag wegen ihrer mutmasslichen Beteiligung an der erzwungenen Verschwinden des minderjährigen Marco Antonio Molina Theissen verurteilt. Das sagte die Staatsanwaltschaft (MP). Hugo Ramiro Zaldivia Rojas, Manuel Antonio Callejas Callejas und Manuel Benedicto Lucas García wurden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vergewaltigung in einem besonders schweren Fall und Verschwindenlassen verurteilt, während Francisco Luis Gordillo Martínez und Edilberto Letona Linares 'nur' wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Vergewaltigung in einem besonders schweren Fall verurteilt wurden.

Das Geschehen, das die Sonderstaatsanwaltschaft für Menschenrechte ermittelte, fand am 27. September 1981 im Landkreis Santa Lucía Utatlán, Sololá statt, als Emma Guadalupe Theissen, die Schwester des verschwundenen Minderjährigen, während einer Strassenkontrolle des Militärs wegen des Mitführens von Dokumenten, die als politische Propaganda angesehen wurden, verhaftet wurde. Sie wurde später in die Militärzone überführt, aus der sie neun Tage später fliehen konnte. Anschliessend, genau am 6. Oktober 1981, wurde der vierzehnjährige Marco Antonio von zwei Militärangehörigen in Uniformen verschleppt. Sie kamen in das Wohnhaus der Familie Molina, in der Zone 19 (Stadtteil La Florida) der Hauptstadt und nahmen ihn im Beisein seiner Mutter Emma Theissen Alvarez einfach mit.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) nannte das Urteil gegen die Militärangehörigen "einen

Hoffnungsschimmer für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen, die in der Zeit des Bürgerkrieges begangen wurden". Erika Guevara-Rosas, ai-Direktorin für die Americas sagte, dass diese Entscheidung zeuge von dem Willen, die Justiz zu verbessern und dass dies auch möglich sei: "Wir hoffen, dass dies ein weiterer Schritt Guatemalas in ihrem wichtigen Kampf darum ist, sich der traurigen Vergangenheit zu stellen und der Straffreiheit ein Ende zu bereiten." Sie hält es für unerlässlich, dass diese Entscheidung eine neue Anstrengung der guatemaltekischen Autoritäten markiert, um alle Personen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, vor Gericht zu stellen, auch jene, die in hohen Ämtern waren und diese politisch zu verantworten haben. "Wenn Verbrechen wie das Verschwindenlassen und die Vergewaltigung ohne strafrechtliche Folgen bleiben, würde die gefährliche Botschaft ausgesandt, dass diese Delikte erlaubt seien", sagt Guevara-Rosas. (Cerigua)

JournalistInnen der Zeitschrift Contrapoder zeigen Akt der Zensur an

Guatemala, 3. März - Eine Gruppe von JournalistInnen der Zeitschrift "Contrapoder" haben einen Akt der Zensur angezeigt, nach der eine Nachricht unter der Überschrift "Ein Hinterhalt gegen Iván Velásquez" (<https://goo.gl/k1v1bV>) zurückgezogen wurde, während sie noch im Druckvorgang war. Das geschah am 24. Februar. Die JournalistInnen Claudia Méndez Arriaza, Sofía Menchú, Gustavo Berganza und Juan Luis Font wiesen darauf hin, dass die Arbeit in den Medien im Zentrum von Attacken in den sozialen Medien stehe, von Desinformation und Verleumdungen gegenüber dem Leiter der CICIG, Ivan Velásquez.

Dagegen strich Diego Solares Archila, Vizepräsident der "Grupo A", dem Verlag, in dem Contrapoder erscheint, mit dem Argument, dass es hier der journalistischen Sorgfalt fehle, das Bild und die vier Seiten Text und veränderte die Titelseite. Die JournalistInnen erklärten, dass noch niemals, seit sie "Contrapoder" im Jahre 2013 gegründet hätten, Ähnliches geschehen sei und dass eine solche Zensur nicht nur die Arbeit der JournalistInnen behindere, sondern die Stimme jener Quellen, denen die ReporterInnen vertrauten, und deren Ideen zum verstummen bringen. Was aber das aller schlimmste daran sei: es werde das Recht der Öffentlichkeit, solche Nachrichten zu bekommen, beschränkt.

Die JournalistInnen riefen die Medienverbände, Beschäftigten, sozialen Bewegungen und die Öffentlichkeit dazu auf, solche Akte zurückzuweisen. Ziel müsse es sein, dass nicht die weltweit anerkannten Rechte verletzt werden dürfen. Das Recht auf Pressefreiheit und die Abwesenheit von Zensur müsse ebenso verteidigt werden wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, sie sei die Essenz einer Demokratie.

Die verantwortlichen RedakteurInnen der Contrapoder äusserten sich ebenfalls in einer Pressemitteilung. Darin stellten sie klar, dass der Teil der Medienberichterstattung, der in sozialen Netzwerken publiziert werde, nicht in der Kritik über fehlende Dokumente und Quellen eingeschlossen sei. Man kann nicht einerseits die Medien dazu auffordern, dass sie ihre Artikel auf überprüfbare Quellen stützen - wie immer dies auch in den Medien umgesetzt wird, - und gleichzeitig diese ablehnen und sie aus den Medien entfernen.

"Wir erneuern unsere Verpflichtung, die Bevölkerung unabhängig über Themen von Interesse zu informieren, d.h. verschiedene Sichtweisen aufzuzeigen und dem ungeteilten Respekt vor der Meinungsäußerung als Recht aller GuatemaltekinInnen anzuhängen", so schliesst die Contrapoder. (Cerigua)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6